

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 17 | 17. bis 30. September 2018

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. Airbnb kommt Forderungen der EU-Kommission und der EU-Verbraucherschutzbehörden nach

Die EU-Kommission gab am 20. September 2018 bekannt, dass sich das Unternehmen Airbnb nunmehr bereit erklärt hat, seine Preisangaben und Geschäftsbedingungen an die EU-Verbrauchervorschriften anzupassen. Das Unternehmen hat nun bis Ende 2018 Zeit, diese Änderungen auf seiner Website in allen EU-Sprachen vorzunehmen. Airbnb hat sich verpflichtet, den Gesamtpreis der Buchungen einschließlich zusätzlicher Gebühren wie Service- und Reinigungsgebühren darzustellen. Falls eine Berechnung des Endpreises im Voraus nicht möglich ist, will das Unternehmen den Verbraucher deutlich darauf hinweisen, dass zusätzliche Gebühren anfallen könnten. Das Unternehmen hat sich außerdem verpflichtet, deutlich anzugeben, ob die Unterbringung von einem privaten oder einem gewerblichen Betreiber angeboten wird, da jeweils unterschiedliche Verbraucherschutzvorschriften gelten.

Es wird ferner deutlich gemacht, dass Verbraucher von allen verfügbaren Rechtsbehelfen und insbesondere von dem Recht Gebrauch machen können, einen Gastgeber im Fall eines persönlichen Schadens oder sonstiger Schäden zu verklagen. Airbnb wird die Verbraucher deutlich darüber informieren, dass sie das Recht haben, vor den Gerichten ihres Wohnsitzlandes gegen Airbnb zu klagen. Airbnb muss Verbraucher informieren, wenn es beschließt, einen Vertrag zu kündigen oder Inhalte zu entfernen, und den Verbrauchern gegebenenfalls das Recht auf Einlegung eines Rechtsmittels und auf Entschädigung einräumen.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke
isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5809_de.htm

2. Facebook kommt Forderungen der EU-Kommission nicht nach

EU-Verbraucherkommissarin Věra Jourová bemängelte am 20. September 2018, dass Facebook nur wenig getan habe, um im laufenden Verfahren mit der EU-Kommission die europäischen Verbraucherschutzbestimmungen voll einzuhalten. Die neuen Geschäftsbedingungen vom April 2018 enthielten eine irreführende Darstellung der wesentlichen Aspekte der Dienstleistungen von Facebook. So sage Facebook insbesondere, dass die Erhebung der Daten der Verbraucher und der Inhalt nur dazu dienten, ihre allgemeine „Erfahrung“ (experience) zu verbessern. Nicht erwähnt werde, dass das Unternehmen die Daten für kommerzielle Zwecke nutze. Facebook solle seine Geschäftsbedingungen bis Dezember ändern. Jourová gab an, dass die Verbraucherschutzbehörden um rasches Handeln und Sanktionen gegen das Unternehmen ersuchen werden, wenn die Änderungen nicht bis zum Jahresende voll umgesetzt sind.

<http://europa.eu/rapid/midday-express-20-09-2018.htm>

3. EU-Kommission veröffentlicht Erläuterungen zur Geoblocking-Verordnung

Die EU-Kommission hat am 20. September 2018 Erläuterungen zu der ab 3. Dezember 2018 geltenden Geoblocking-Verordnung veröffentlicht. Durch diese Verordnung soll eine Diskriminierung von Verbrauchern im grenzüberschreitenden Online-Verkehr verhindert werden. Klargestellt wird, dass die Verordnung nicht auf rein innerstaatliche Vorgänge Anwendung findet. Nicht erfasst werden die Bereiche Verkehr, Finanzdienstleistungen, audiovisuelle Dienste und Glücksspiele. Online-Verkäufe von Privatpersonen werden ebenfalls nicht erfasst. Klargestellt wird aber auch, dass Händler nicht verpflichtet sind, in andere Mitgliedstaaten zu liefern.

Geklärt wird insbesondere der Begriff des Anbieters im Sinne dieser Verordnung. So gilt ein Online-Marktplatz nicht als Anbieter, wenn er nur im Namen oder im Auftrag eines anderen Anbieters tätig wird. Die Verpflichtungen treffen dann den „anderen Anbieter“. Die Verordnung hat auch keine Auswirkungen auf die im jeweiligen Mitgliedstaat anzuwendenden Verbraucherschutzgesetze und Regelungen zum Gerichtsstand.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/geo-blocking-regulation-questions-and-answers>

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Wenig Fortschritte bei EU-Nachhaltigkeitsziel für „Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster“

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, hat am 18. September 2018 die Veröffentlichung „Sustainable development in the European Union – Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context – 2018 edition“ (Nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union – Fortschrittsbericht – Ausgabe 2018) herausgebracht. Bei 8 von 17 Nachhaltigkeitszielen habe die Europäische Union in den letzten fünf Jahren nur mäßige Fortschritte erzielt. Dazu gehöre das Ziel „Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster“. Die größten Fortschritte seien bei folgenden Zielen erreicht worden: „Gesundheit und Wohlergehen“, gefolgt von „Hochwertige Bildung“ und „Bezahlbare und saubere Energie“. Bei vier Zielen, darunter „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“ sowie „Klimaschutz“ könnten keine Tendenzen berechnet werden, da für die letzten fünf Jahre keine hinreichenden Daten vorliegen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9234944/8-18092018-AP-DE.pdf/ebe5111f-9659-4bad-a4a0-55bbcc9da6c9>

2. EU-Kommission leitet förmliche Prüfung möglicher Absprachen zwischen BMW, Daimler und dem VW-Konzern über Emissionsminderungssysteme ein

Die EU-Kommission hat am 18. September 2018 eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob BMW, Daimler und der VW-Konzern (Volkswagen, Audi und Porsche) unter Verstoß gegen die EU-Kartellvorschriften Absprachen getroffen haben. EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager erklärte dazu: „Die Kommission will eingehender untersuchen, ob BMW, Daimler und VW vereinbart haben, bei der Entwicklung und Einführung wichtiger Technologien zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Benzin- und Diesel-Pkw nicht miteinander zu konkurrieren. Durch solche Emissionsminderungssysteme soll die von Pkw verursachte Umweltbelastung verringert werden. Falls dieser Verdacht zutreffen sollte, hätten die Hersteller den Verbrauchern die Möglichkeit vorenthalten, umweltfreundlichere Autos zu kaufen, obwohl die entsprechenden Technologien zur Verfügung standen.“

Gegenwärtig lägen der EU-Kommission keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die genannten Unternehmen in Bezug auf die Verwendung unzulässiger Abschaltvorrichtungen zur Manipulation des Emissionsverhaltens auf den Prüfständen abgestimmt hätten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5822_de.htm

3. Bahnverkehr findet relativen Zuspruch bei Verbrauchern

Die EU-Kommission veröffentlichte am 18. September 2018 die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage zum Schienenpersonenverkehr. Danach sind 66 Prozent der Verbraucher mit der Zugfolge zufrieden und 59 Prozent mit der Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Allerdings sind nur 38 Prozent mit der Behandlung von Beschwerden zufrieden und nur 41 Prozent mit den Diensten für Behinderte. 80 Prozent der Europäer nutzen die Bahn, zumeist aber nur im Vorortverkehr (67 Prozent).

<http://ec.europa.eu/comfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurvey-detail/instruments/flash/surveyky/2172>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Marktaufsichtsbehörde verlängert Maßnahmen gegen spekulative Finanzprodukte für Verbraucher

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat das Verbot der Vermarktung binärer Optionen an Verbraucher um weitere drei Monate verlängert. Dieses wäre am 2. Oktober 2018 ausgelaufen. Bestimmte Produkte werden jedoch aus dem Anwendungsbereich des Verbots ausgenommen. Dies gilt insbesondere für Produkte, die eine Mindestlaufzeit von 90 Tagen aufweisen, auf Grundlage eines gebilligten Wertpapierprospekts emittiert werden, den Emittenten keinem Marktrisiko aussetzen und durch die dieser – außer in Form offengelegter Gebühren und Transaktionskosten - keine Gewinne oder Verluste erzielt. Die ESMA wird diese Produkte jedoch weiterhin beobachten.

Bei binären Optionen können nur zwei Szenarien eintreten: Tritt ein zuvor definiertes Ereignis ein, erhält der Käufer einen festgelegten Betrag, andernfalls verfällt die Option. Als Basiswerte kommen – wie bei klassischen Optionsscheinen auch – Indizes, Aktien, Währungspaare oder auch Rohstoffe in Frage. Es kann auf fallende oder steigende Kurse spekuliert werden.

https://www.esma.europa.eu/sites/default/files/library/esma71-99-1026_-_esma_to_renew_prohibition_on_binary_options_for_a_further_three_months.pdf

2. Leichter Rückgang von Kartenbetrug in Europa

Die Europäische Zentralbank veröffentlichte am 26. September 2018 ihren fünften Bericht über Kartenbetrug in Europa. Nach diesem Bericht lag der Gesamtwert der betrügerischen Transaktionen mit Karten, die im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area – SEPA: EU-Mitgliedstaa-

ten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz) ausgegeben wurden, im Jahr 2016 bei 1,8 Milliarden Euro und damit 0,4 Prozent unter dem Wert des vorangegangenen Jahres. Gemessen am Gesamtwert aller Transaktionen von 4,38 Billionen Euro verringerte sich der Anteil des Betruges somit von 0,042 Prozent im Jahr 2015 um 0,001 Prozentpunkte auf 0,041 Prozent im Jahr 2016. Dies war der erste Rückgang seit 2011.

Dem Bericht zufolge entfielen 73 Prozent der Schäden im Jahr 2016 auf sogenannte „card not present“ (CNP)-Transaktionen (überwiegend Online-Betrugsfälle), während 19 Prozent bei Kartenzahlungen an Kassenterminals und 8 Prozent bei Transaktionen an Geldautomaten entstanden.

<https://www.bundesbank.de/re-source/blob/762432/9bbc0cc685e10823d51760ca097195de/mL/2018-09-26-kartenbetrug-download.pdf>

<https://www.ecb.europa.eu/pub/pubbydate/2018/html/index.en.html?skey=cardfraud>

3. Neue 100-Euro- und 200-Euro-Banknoten

Die Europäische Zentralbank (EZB) präsentierte am 17. September 2018 die neuen 100-Euro- und 200-Euro-Banknoten, die ab dem 28. Mai 2019 in Umlauf gebracht werden. Wie Yves Mersch, Mitglied des Direktoriums der EZB, in seiner Rede anlässlich der Präsentation der neuen Banknoten betonte, wird damit eine vollständige Euro-Banknotenserie im Umlauf sein, die auch in Zukunft einen guten Fälschungsschutz bietet. Wie bei den übrigen Stückelungen lasse sich die Echtheit der zwei neuen Banknoten leicht mit dem Test „Fühlen-Sehen-Kippen“ überprüfen. Die EZB und die 19 nationalen Zentralbanken des Euroraums unterstützten Hersteller und Eigentümer von Geräten zur Bearbeitung und Echtheitsprüfung von Geldscheinen bei ihren Vorbereitungen auf die neuen Banknoten.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2018/html/ecb.pr180917.de.html>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Europäische Bürgerinitiative zur Lebensmitteltransparenz

Die EU-Kommission hat am 19. September 2018 beschlossen, die Bürgerinitiative „Eat original! Unmask your food“ zuzulassen. Die Initiative will Ursprungserklärungen für alle Lebensmittel verbindlich machen. Mit der Registrierung hat die EU-Kommission lediglich bestätigt, dass die Bürgerinitiative rechtlich zulässig ist. Ihren Inhalt hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ge-

prüft. Die Organisatoren der Initiative haben nach der Registrierung ab 2. Oktober 2018 ein Jahr Zeit, Unterschriften zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln. Sollte die Initiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren. Sie kann dann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommt oder nicht, muss dies aber in beiden Fällen begründen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180919buergerinitiativen_de

2. Rekordaustausch von Informationen über EU-Warnsystem für Lebensmittel

Die EU-Kommission veröffentlichte am 25. September 2018 ihren Bericht zum Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) im Jahr 2017. Danach gab es wegen der Rückstände von Fipronil in Eiern den intensivsten Informationsaustausch in der Geschichte dieses Systems. Insgesamt wurden 3.832 Meldungen über Lebens- und Futtermittelrisiken gemeldet, ein Plus von 28 Prozent gegenüber dem Jahr 2016. Von allen Meldungen wiesen im vergangenen Jahr 942 auf ein schwerwiegendes Gesundheitsrisiko hin. Salmonellen in Geflügelfleisch waren das am häufigsten gemeldete Problem in Lebensmitteln, die an der EU-Grenze kontrolliert wurden, und Quecksilber in Schwertfisch in Lebensmitteln, die auf dem EU-Markt kontrolliert wurden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180925-europaeisches-warnsystem-rasff_de

https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/rasff_annual_report_2017.pdf

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. Verbraucher erhalten digitalen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen

Der EU-Ministerrat hat am 27. September 2018 die Verordnung über die Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors angenommen. Mit dem neuen Zugangstor erhalten Verbraucher und Unternehmen Online-Zugang zu Informationen und Verfahren. Das neue Zugangstor wird eine Reihe von Netzen und Diensten verknüpfen, die auf nationaler und Unionsebene eingerichtet wurden, um grenzüberschreitende Tätigkeiten zu unterstützen. Ein Grundprinzip des Zugangstors ist, dass ein Verfahren, das den Bürgern eines Mitgliedstaats zur Verfügung steht, den Bürgern aus anderen Mitgliedstaaten gleichermaßen zugänglich sein sollte. Einige grundlegende Verwaltungsverfahren werden sowohl für

nationale als auch für grenzüberschreitende Nutzer online verfügbar sein. Beispiele sind die Beantragung einer Europäischen Krankenversicherungskarte und die Zulassung eines Kraftfahrzeugs.

Damit jedoch die nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen mehr Zeit zur Anpassung haben, gilt für die Online-Stellung aller einschlägigen Informationen und Verfahren je nach Sachverhalt eine Frist von zwei, vier oder fünf Jahren ab dem Inkrafttreten der Verordnung. Die Verordnung ist Teil des „Compliance-Pakets“, das auch einen Vorschlag zum Binnenmarkt-Informationstool und Maßnahmen zur Verbesserung von SOLVIT, dem kostenfreien Online-Problemlösungsnetz für den Binnenmarkt, umfasst.

<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/09/27/single-digital-gateway-regulation-adopted-by-council-better-online-access-to-information-and-procedures-across-the-eu/>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-41-2018-INIT/de/pdf> (Verordnung)

2. Online-Plattformen verpflichten sich zu besserem Schutz der Verbraucher vor Desinformation

Online-Plattformen, darunter Facebook und Google, sowie Verbände aus Kommunikation und Werbung haben am 26. September 2018 einen Verhaltenskodex zur Selbstregulierung vorgestellt, mit dem sie sich zur Bekämpfung von Online-Desinformation verpflichten.

Die Unterzeichner des Kodex haben sich verpflichtet in fünf Bereichen tätig zu werden:

- Unterbrechung der Werbeeinnahmen bestimmter Konten und Websites, die Desinformation verbreiten;
- Politische Werbung und themenbezogene Werbung transparenter zu machen;
- Umgang mit dem Thema Fake-Accounts und Online-Bots;
- Ermutigung der Verbraucher, Desinformation zu melden und auf verschiedene Nachrichtenquellen zuzugreifen und gleichzeitig die Sichtbarkeit und Auffindbarkeit verlässlicher Inhalte zu verbessern;
- Stärkung der Forschungsgemeinschaft zur Überwachung von Online-Desinformation durch datenschutzkonformen Zugang zu den Daten der Plattformen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180926-kampf-gegen-desinformation_de

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/code-practice-disinformation>

3. Verbraucher können sich leichter grenzüberschreitend identifizieren

Seit dem 29. September 2018 gelten neue Regeln für die grenzüberschreitende Verwendung elektronischer Identifizierung. Alle EU-Länder sind nunmehr gesetzlich verpflichtet, nationale elektronische Identifizierungssysteme aus anderen Mitgliedstaaten anzuerkennen, welche die „Verordnung über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt“ (eIDAS-Verordnung) bereits notifiziert haben und erfüllen. Deutschland und Italien haben ihr Anmeldeverfahren abgeschlossen, Luxemburg und Spanien stehen kurz vor dem Abschluss, auch Kroatien, Estland, Belgien, Portugal und das Vereinigte Königreich haben damit begonnen. Durch die gegenseitige Anerkennung der nationalen Identifizierungssysteme soll Verbrauchern und Unternehmen der grenzüberschreitende Zugang zu ihren Online-Diensten erleichtert werden. Dazu gehören die Möglichkeiten, ein Bankkonto zu eröffnen und online auf medizinische Daten zuzugreifen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180928-elektronische-identifizierung_de

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014R0910&from=EN>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Zollbehörden beschlagnahmten 2017 mehr als 31 Millionen gefälschte Waren

Die europäischen Zollbehörden haben im Jahr 2017 an den EU-Außengrenzen mehr als 31 Millionen nachgeahmte und gefälschte Waren in einem Gesamtwert von über 580 Millionen Euro beschlagnahmt. Dies geht aus dem am 27. September 2018 von der EU-Kommission veröffentlichten Bericht hervor. Potenziell gefährliche Waren für den täglichen Gebrauch wie Gesundheitsprodukte, Arzneimittel, Spielzeug und Elektrogeräte machten 43 Prozent aller beschlagnahmten Waren aus. Die insgesamt am häufigsten vertretene Kategorie waren Nahrungsmittel, die 24 Prozent der Gesamtmenge der beschlagnahmten Waren ausmachten, gefolgt von Spielzeug (11 Prozent), Zigaretten (9 Prozent) und Bekleidung (7 Prozent).

China ist nach wie vor das Hauptursprungsland gefälschter Waren, die in die EU verbracht werden. Die meisten gefälschten Kleidungsstücke stammten aus der Türkei, während die meisten gefälschten Mobiltelefone und Zubehör, Tintenpatronen und Toner, CDs/DVDs sowie Etiketten und Aufkleber aus Hongkong und China in die EU gelangten. Aus Indien stammten die meisten gefälschten und potenziell schädlichen Arzneimittel.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-5912_de.htm

https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/customs-controls/counterfeit-piracy-other-ipr-violations/ipr-infringements-facts-figures_en (Link zu Bericht)

2. EU-Kommission überprüft Spielzeugrichtlinie

Die EU-Kommission startete am 19. September 2018 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Spielzeugrichtlinie. Sie erbittet Beiträge bis 12. Dezember 2018. Interessierte Akteure können sich an der Konsultation beteiligen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-3667279_en

3. Starker Rückgang des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens ging im September 2018 im Euroraum um 1,0 Punkte auf -2,9 Punkte und in der Europäischen Union um ebenfalls 1,0 Punkte auf -2,8 Punkte gegenüber August 2018 zurück. Der Index beruht auf vier Fragen an Verbraucher, jeweils bezogen auf die nächsten zwölf Monate: Zur finanziellen Situation der Haushalte, zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, zur erwarteten Entwicklung der Arbeitslosigkeit und zum Sparverhalten.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2018_09_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (1. Oktober 2018)

Gedekte Schuldverschreibungen (covered bonds).

Ratsarbeitsgruppe „Geistiges Eigentum – Urheberrecht“ (1. Oktober 2018)

Urheberrecht für Online-Übertragungen von Rundfunksendungen (Vorbereitung des Trilogs).

Ad-hoc-Gruppe Allgemeines Lebensmittelrecht (1. Oktober 2018)

Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU.

Sonderausschuss Landwirtschaft (1. Oktober 2018)

Nennfüllmengen für Shochu; Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette (Mandat für Verhandlungen mit dem EU-Parlament); Spirituosenverordnung (Vorbereitung des dritten Trilogs).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (3. Oktober 2018)

Sicherheitsanforderungen an Kraftfahrzeuge.

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung“ (3. Oktober 2018)

Durchsetzung der Harmonisierungsgesetzgebung für Produkte.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (3. Oktober 2018)

Rechtsakt zur Cybersicherheit (Ergebnis des Trilogs); Urheberrecht für Online-Übertragungen von Rundfunksendungen (Vorbereitung des Trilogs); Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (Ergebnis des Trilogs); Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Ergebnis des Trilogs).

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (4. Oktober 2018)

Richtlinienvorschlag zur besseren Durchsetzung von Verbraucherschutz.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (4. Oktober 2018)

Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (4. Oktober 2018)

Verordnung und Richtlinie zu Elektrizität.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (5. Oktober 2018)

Nachhaltige Finanzierung.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (8. Oktober 2018)

Nachhaltige Finanzierung.

Rat Umwelt (9. Oktober 2018)

Verordnung über CO₂-Normen für PKW und leichte Nutzfahrzeuge (Allgemeine Ausrichtung); Schlussfolgerungen zu den Vorbereitungen für die Treffen der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Kattowitz, Polen, 2.-14. Dezember 2018); Richtlinie zu Einwegkunststoffartikeln (Informationen des Vorsitzes); Berliner Erklärung zu Nanomaterialien (Informationen der deutschen Delegation, unterstützt von der luxemburgischen Delegation); Annahme von Maßnahmen auf EU-Ebene zur Bekämpfung der Luftverschmutzung infolge der Einfuhr von Gebrauchtwagen (Informationen der bulgarischen, der polnischen und der slowakischen Delegation; Programm "Saubere Luft" – für Gesundheits-, Klima- und

Umweltschutz – zur Kofinanzierung neuer Wärmequellen und der thermischen Modernisierung von Einfamilienhäusern in Polen (Informationen der polnischen Delegation).

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (10. Oktober 2018)

Sammelklagen für Verbraucher.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (12. Oktober 2018)

Nachhaltige Finanzierung.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (1. Oktober 2018)

Änderung der Verordnungen über die Einrichtung der Europäischen Aufsichtsbehörden und der Verordnungen über Finanzmärkte; Märkte für Finanzinstrumente und Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II); Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (1. Oktober 2018)

Einsatz von Cannabis in der Medizin (Annahme des Entschließungsantrags); Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (1. Oktober 2018)

Unlautere Handelspraktiken zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette (Annahme von Berichtsentwurf); Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt.

Plenum (1.bis 4. Oktober 2018)

Binnenmarkt-Informationstool; Festlegung des Verfahrens für Auskunftersuchen der Kommission an Unternehmen in Bezug auf den Binnenmarkt; Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten; Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge; Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU; Dezentrale Transaktionsnetzwerke und Blockkettensysteme: mehr Vertrauen durch verringerte Kreditmittlertätigkeit (Anfrage zur mündlichen Beantwortung).

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (10./11. Oktober 2018)

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Berichterstattung an den Ausschuss über die interinstitutionellen Verhandlungen); Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (Berichterstattung an den Ausschuss über die interinstitutionellen Verhandlungen); Sammelklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher; Umsetzung der Richtlinie über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung; Bessere Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften; Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht; Autonomes Fahren im europäischen Verkehrswesen; Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (8./9. Oktober 2018)

Recht und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Abstimmung über Berichtsentwurf).

Fischereiausschuss (8./9. Oktober 2018)

Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Risiken in der Lebensmittelkette durch die EU

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (2. Oktober 2018)

Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (2. Oktober 2018)

Binnenmarktprogramm.

Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (3. Oktober 2018)

Nachhaltigkeitsanforderungen an institutionelle Anleger und Vermögensverwalter; Nachhaltiges Finanzwesen: Taxonomie und Referenzwerte; Staatsanleihebesicherte EU-Wertpapiere (SBBS).

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (4. Oktober 2018)

Nachhaltige Mobilität für Europa; Kennzeichnung von Reifen; Vernetzte und automatisierte Mobilität; Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur; Programm „Digitales Europa“.

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (5. Oktober 2018)

Einwegkunststoffartikel; Wasserwiederverwendung.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (1. Oktober 2018)

Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette; Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher; Digitalisierung im Gesundheitswesen; Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Plenum (9./10. Oktober 2018)

Programm für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE); Der Beitrag der Städte und Regionen der EU zur 14. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 14) und zur EU Biodiversitätsstrategie nach 2020 (Prospektivstellungnahme); Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft; Vorschlag für eine Richtlinie über Einwegkunststoffe; Sport in der Agenda der EU nach 2020 (Initiativstellungnahme); Aktionsplan für digitale Bildung (Initiativstellungnahme); Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette; Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher (Initiativstellungnahme).

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C 668/16 (4. Oktober 2018)

Kältemittel in Klimaanlage bestimmter Fahrzeuge der Daimler AG.

Urteil in der Rechtssache C 105/17 (4. Oktober 2018)

Online-Verkaufsplattformen: Wann ist der Verkäufer Gewerbetreibender?

Urteil in der Rechtssache C-242/17 (4. Oktober 2018)

Nachhaltigkeitszertifizierung für flüssige Biobrennstoffe.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)